

**Beschluss des 6. Landesparteitages**  
**2. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 27.10.2018 in Weimar**

(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung angenommen)

**Das bedingungslose Grundeinkommen emanzipatorisch denken, die Debatte von links gestalten!**

In den vergangenen Monaten hat DIE LINKE. Thüringen der Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) Raum gegeben, um das Pro und Contra landesweit in den Gliederungen und darüber hinaus zu erörtern. Hierzu nimmt die 2. Tagung des 6. Landesparteitags den Bericht der Organisator\*innen (Anlage 1) zur Kenntnis. Ausgehend von unserem Diskussionsprozess hält DIE LINKE. Thüringen folgende Schlussfolgerungen fest:

- 1. Das BGE ist für viele Menschen in der gesellschaftlichen Linken eine Hoffnung auf einen möglichen Weg zu mehr Emanzipation, weniger Zwang zu Erwerbsarbeit und zur Erschütterung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.**

Die Erosion des Sozialgefüges, die soziale Spaltung und Armutsentwicklung schreiten weiter voran. Politisch befeuert mit der Agenda 2010 und anderen neoliberalen Politiken, verstärkt durch ökonomische Prozesse wie neue Formen der Prekarität oder der kapitalgetriebenen Digitalisierung, stellen sich viele Menschen die Frage, wie soziale Sicherheit für alle in Zukunft organisiert werden kann. Als ein noch relativ neues Modell gewinnt dabei die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens zunehmend Anhängerinnen und Anhänger, verspricht es doch eine Abkehr von wirtschaftlichen Zwängen der Erwerbsarbeit und staatlicher Bevormundung wie den Hartz IV-Sanktionen.

Linke Kritiker\*innen, insbesondere aus den Gewerkschaften, betonen die mangelnde ökonomische Basis der Diskussion um das BGE und befürchten die Durchsetzung eines neoliberalen Modells, welches statt Existenzsicherung im Sinne sozialstaatlicher Garantien ein sanktionsfreies Abstellgleis für in der Kapitallogik unnütze Menschen darstellt und mit einem weiteren Abbau des Sozialstaats einhergeht.

Beide Positionen haben ihre Berechtigung, weder das erhoffte emanzipatorische, noch das befürchtete neoliberale Modell sind Selbstläufer. Aufgabe der LINKEN ist es deshalb für die Menschen, die ein emanzipatorisches Modell vertreten und auf der Suche nach Umsetzungswegen zur Überwindung der Kapitallogik sind, als Diskussions- und Ansprechpartnerin zu dienen ohne mögliche negative Auswirkungen eines BGE zu ignorieren.

- 2. Ein LINKES BGE muss den emanzipatorischen Gedanken stets in den Vordergrund stellen und darf niemals gegen die bestehenden Errungenschaften der sozialen Sicherung in Stellung gebracht werden.**

Das von unserer DIE LINKE. BAG Grundeinkommen entwickelte Modell hat bereits viele Kritiken berücksichtigt und inkludiert. Es erhält bestehende Systeme der sozialen Sicherung, fordert teilweise deren Ausbau und ergänzt diese um ein existenzsicherndes Grundeinkommen von 1170 Euro netto pro Monat (aktuelle Berechnungen für 2018). Zur Umsetzung wären starke Umverteilungsmechanismen notwendig, eine globale Perspektive

ist eingebunden. Dieses Modell muss weiterentwickelt und immer wieder mit den Kritiker\*innen gegengeprüft werden. Es bleibt vor allem die Frage: Wie realistisch ist eine Umsetzung eines solchen radikalen Eingriffs angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse?

3. **Auch ein emanzipatorisches BGE ist kein Allheilmittel: Es löst weder automatisch Fragen gerechter Verteilung (national wie global), noch enthebt es uns aus der Verantwortung, Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und weiterer Diskriminierungsformen zu beantworten.**

Das emanzipatorische Grundeinkommen, wie es in der gesellschaftlichen Linken diskutiert wird, fokussiert noch zu sehr auf nationale Rahmenbedingungen und ignoriert zu stark andere Unterdrückungsmechanismen außer dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Die Diskussion um das BGE braucht eine feministische und antirassistische Aktualisierung und muss sich ernsthafter mit den Fragen globaler Verteilungsgerechtigkeit befassen. Gleichzeitig können Debatten wie das „Basic Food Income“ im Rahmen der Entwicklungspolitik oder Beiträge zum Verhältnis von Erwerbs- und Care-Arbeit aus einer BGE-Perspektive auch diese Diskussionen befördern. Die Impulse gilt es in beide Richtungen zu integrieren. In die Diskussion über das BGE müssen wir stärker begleitende sozial- und infrastrukturpolitische Maßnahmen eingebunden werden. Sie sind keine nebensächliche „Selbstverständlichkeit“. Sie sind die existenzielle Notwendigkeit, um ein BGE jenseits neoliberaler BGE-Modelle eine Chance zu geben.

4. **Das emanzipatorische BGE verbindet Menschen der gesellschaftlichen Linken über Parteigrenzen hinweg und entfaltet eine Vision einer anderen Gesellschaftsordnung, die es zu nutzen gilt.**

Für DIE LINKE wäre es sowohl falsch, unkritisch allen BGE-Variationen hinterherzulaufen als auch die Anhänger\*innen als Utopisten ohne ökonomische Grundkenntnisse zu verdammen. DIE LINKE sollte vielmehr das auch in ihr vorhandene Know-How und ihre Ressourcen beisteuern, um BGE-Interessierte und -Kritiker\*innen zusammenzubringen und Einfluss auf die Diskussion um ein BGE zu nehmen, um den emanzipatorischen Aspekt zu stärken. Dabei können wir viele Bündnispartner\*innen und auch als Partei gesellschaftlichen Rückhalt gewinnen.

5. **Die Diskussion um das BGE muss in der LINKEN weitergeführt werden.**

Dafür muss auch in unserer Partei die Diskussion zu „Pro und Contra BGE“ dringend weitergeführt werden. Statt an der Frage „Bist du für oder gegen das BGE?“ unsere Partei auseinanderzuidividieren, sollten wir gemeinsam an diesem Diskussionsprozess wachsen. Spätestens bis zur nächsten Bundestagswahl muss DIE LINKE in der Lage sein ein breit in der Partei getragenes Konzept eines emanzipatorischen BGE zu präsentieren, unabhängig davon, ob dieses in einem Bundestagswahl- und in unserem Parteiprogramm als Forderung Eingang findet oder nicht. Nur mit einer gemeinsam getragenen Position kann DIE LINKE dem Vordringen neoliberaler BGE-Modelle wirksam entgegenreten und als wichtige Akteurin in der BGE-Community wahrgenommen werden. DIE LINKE. Thüringen wird in diesem Sinne in den Parteigremien wirken.

**6. Der Landesparteitag empfiehlt, mit der Forderung nach einer bedingungslosen Kindergrundsicherung einen ersten Teilschritt in die Richtung eines emanzipatorischen BGE programmatisch zu verankern.**

Ausgangspunkt unseres Handelns sollte ein bereits weitgehend geeinter Themenpunkt sein: Schon in unserem Bundestagswahlprogramm 2017 heißt es: „Wir schaffen eine Kindergrundsicherung, die alle Kinder vor Armut und Ausgrenzung schützt.“ Dieses universale Kinderrecht bedingungslos umzusetzen, in erster Linie vom Kind und nicht vom Einkommen der Eltern her gedacht, könnte ein erster weitgehend konsensueller Baustein sein. Die Überwindung von Kinderarmut mit allen ihren individuellen und gesellschaftlichen Folgen wäre ein sozialpolitischer Fortschritt, dem eine existenzsichernde bedingungslose Grundsicherung im Alter als nächster Schritt folgen könnte. Unbenommen davon sind Forderungen wie eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV richtige Maßnahmen, um Zwängen in der Arbeitswelt zu begegnen und für ein BGE eine bessere gesellschaftliche Ausgangslage zu erzeugen.

**7. DIE LINKE. Thüringen wird sich für eine Stärkung der wissenschaftlichen Forschung zum BGE einsetzen.**

DIE LINKE. Thüringen wird im Rahmen möglicher Koalitionsverhandlungen im Jahr 2019 darauf dringen, dass zur Stärkung der Transformations- und Grundeinkommensforschung an einer Thüringer Universität ein vom Freistaat Thüringen finanziertes Graduiertenkolleg aufgelegt wird.

**8. DIE LINKE. Thüringen setzt sich für Zukunftsforen zur Gesellschaft im Wandel ein.**

Mit breit angelegten Zukunftsforen, organisiert und begleitet von der Landesregierung, wollen wir in der kommenden Wahlperiode die Menschen einladen, sich selbst und ihre Vorstellungen einzubringen, wie wir auf gesellschaftliche Herausforderungen reagieren wollen. Die Foren sollen eine nachhaltige soziale und ökologische Veränderung der Gesellschaft unterstützen, insbesondere vor dem Hintergrund der Globalisierung und Digitalisierung, des Klima- und demografischen Wandels und der Schonung natürlicher Ressourcen. Ziel ist dabei ein zukunftsfähiger demokratischer Sozialstaat, der jedem Menschen eine freie Entwicklung seiner individuellen Fähigkeiten und politische, kulturelle und soziale Teilhabe ermöglicht. Dabei wird die Diskussion um ein BGE ein möglicher Zugangspunkt sein, gleichfalls universelle Menschen- und Bürgerrechte, strategische Arbeitszeitverkürzung, Verhinderung von Armut, Ausgrenzung und Gewalt.

Die Zukunftsforen werden wissenschaftlich begleitet, die Feststellungen (Konsens und Dissens) sollen publiziert und über Thüringen hinaus bekanntgemacht werden.

## Anlage 1

### **Bericht zum „Werkstattprozess Bedingungsloses Grundeinkommen“**

Ausgehend vom Beschluss des Landesvorstandes vom 27.10.2017 wurden durch DIE LINKE. Thüringen 2018 landesweit Veranstaltungen zum BGE aus ganz verschiedenen Blickwinkeln und mit verschiedenen Bündnispartner\*innen der gesellschaftlichen Linken umgesetzt.

Die Auftaktveranstaltung am 2. Februar 2018 in Weimar, die zusammen mit der Initiativgruppe BGE Weimar durchgeführt wurde, war mit über hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein hervorragender Beginn. Mit Katja Kipping, Heike Werner, Arfst Wagner von den Grünen Schleswig-Holstein und Stefan Wolf (Sprecher der LINKE. BAG Grundeinkommen) waren wichtige Vertreter\*innen des Pro-BGE-Lagers vertreten, Ralf Krämer von ver.di und Sandro Witt vom DGB Hessen-Thüringen repräsentierten die konträre Position. Stefan Wolf präsentierte eingangs den aktuellen Diskussionsstand in der LINKEN und das emanzipatorische BGE-Modell unserer BAG. Die vielseitige Debatte, an der sich insgesamt mehr als 30 Diskutierende beteiligten, war sehr anregend. Die Befürworter\*innen stellten immer wieder heraus, dass ein emanzipatorisches BGE nicht nur Armut ausschließen, sondern auch ökonomische Abhängigkeiten von Erwerbsarbeit abschaffen und damit die Selbstbestimmung des Einzelnen stärken könne. So würde gerade die Position abhängig Beschäftigter verbessert und mehr Freiraum für gesellschaftliche Transformationsprozesse geschaffen. Ein Bekenntnis zum emanzipatorischen BGE könne viele Menschen aus der politischen Apathie reißen und die LINKE Wähler\*innenbasis stärken. Insbesondere Ralf Krämer betonte hingegen wiederholt, dass das BGE zu sehr von den menschlichen Bedürfnissen, aber zu wenig von der ökonomischen Basis und daraus resultierenden Notwendigkeiten gedacht werde. Die theoretisch umsetzbaren Modelle würden sich als (neoliberaler) Sozialabbau entpuppen, das Modell der BAG Grundeinkommen sei hingegen nicht ökonomisch tragfähig. An diesem Abend waren die Unterstützer\*innen für ein BGE in der Mehrzahl, wobei einzelne Diskussionsbeiträge auch deutlich machten, dass auch unter den Unterstützer\*innen teils sehr unterschiedliche BGE-Modelle favorisiert werden.

Nach der Auftaktkonferenz fanden drei weitere kleinere Veranstaltungen statt, die sich mit spezifischen Aspekten des BGE befassten:

Die Diskussion „Grundeinkommen in der Entwicklungspolitik – Zeit für bedingungslose Unterstützung?“ fand am 9. Mai 2018 in Jena statt. Zusammen mit Dagmar Paternoga von Attac und Prof. Lutz Leisering der Universität Bielefeld wurden die möglichen Rahmensetzungen, sowie Vor- und Nachteile eines globalen BGE diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass sich Vorstellungen und Modelle auch im internationalen Kontext sehr unterscheiden. Erfolgreiche Modelle wie das brasilianische *Bolsa Familia* binden die Grundversorgung etwa an den Schulbesuch der Kinder, andere Projekte sind tatsächlich unkonditioniert und damit einem BGE entsprechender. Besonderes Augenmerk verdiene dabei das von FIAN entwickelte Modell des *Basic Food Income*, welches die Sicherung der primären Lebensbedürfnisse im Blick hat und sowohl nationale Regierungen als auch Entwicklungsgeldgeber in die Pflicht nimmt. Gelingt die Überwindung des täglichen Überlebenskampfes mittels eines solchen Modells, entstehen Freiräume, die produktiv genutzt

werden können: Kinder können zur Schule gehen, Eltern sich auf Projekte fokussieren, die mittel- und langfristig zur Selbststabilisierung führen können.

Am 13. Juni 2018 fand im RedRoxx in Erfurt der Themenabend „Das BGE aus feministischer Perspektive“ mit der Referentin Antje Schrupp statt. Bei der Veranstaltung wurde deutlich, dass die emanzipatorischen Potenziale des BGE auch für Frauen\* neue Impulse liefern könnte, etwa weil im Rahmen der allgemein zu erwartenden Neubewertung von (Erwerbs-)Arbeit auch die Ein- und Wertschätzung von Sorgearbeit neu verhandelt werden könnte und müsste. Es wurde aber auch deutlich, dass dieser Schritt nicht automatisch erfolgen wird, und deshalb Kämpfe gegen unterschiedliche Diskriminierungstatbestände (race, gender, ...) parallel weitergeführt werden müssen.

In einer dritten Diskussion zum Themenfeld BGE und Arbeit 4.0 diskutierten Werner Rätz (Attac, pro) und Michael Ebenau (IG Metall, kontra) über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt (mehr Stress, neue Formen der Prekarität, Solo-Selbstständigkeit) und die Möglichkeit mit bereits etablierten oder eher neuen Ansätzen diese Herausforderungen zu meistern. Es wurde betont, dass es insbesondere gelingen muss, dass die Neuordnung der Produktion in gesellschaftlich richtige Bahnen gelenkt wird: neue Freiräume müssen zu Arbeitszeitverkürzung statt sozialer Desintegration von ganzen Bevölkerungsteilen führen. Der Weg dorthin, zuvörderst ein Wiedererstarken der Gewerkschaftsbewegung oder breitere gesellschaftliche Kämpfe für ein emanzipatorisches BGE, blieben umstritten. Einigkeit bestand hingegen, dass es einen neuen sozialen Aufbruch braucht und, so oder so, starke gesellschaftliche Kräfte für neue soziale Kämpfe unerlässlich sind.

Darüber hinaus beteiligten sich Mitglieder der Vorbereitungs-AG aktiv an Foren weiterer zivilgesellschaftlicher Partner\*innen wie der bundesweiten Attac-Konferenz „Digitalisierung? Grundeinkommen!“ am 26. Mai 2018 in Frankfurt am Main. Zudem wurden weitere Veranstaltungen in Thüringen durchgeführt bzw. unterstützt, wie etwa eine Diskussion mit Ronald Blaschke zum BGE in der Kulturbaustelle Suhl am 12. April 2018 mit Ina Leukefeld oder eine Veranstaltungsreihe mit der Pro-BGE-Gewerkschafterin Sylvia Honsberg in Erfurt, Jena und Weimar im Oktober 2018.